

Übersetzung

Staatsanwaltschaft

**KOLLEGIUM
DER
GENERALPROKURATOREN**

Brüssel, den 22. Oktober 2012

**RUNDSCHREIBEN Nr. 12/2012 DES KOLLEGIUMS DER
GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN**

Sehr geehrte Frau/sehr geehrter Herr Generalprokurator,
Sehr geehrter Herr Föderalprokurator,
Sehr geehrte Frau/Sehr geehrter Herr Prokurator des Königs,
Sehr geehrte Frau/Sehr geehrter Herr Arbeitsauditor,

**BETRIFFT: RUNDSCHREIBEN DES KOLLEGIUMS DER
GENERALPROKURATOREN IN BEZUG AUF DIE KRIMINALPOLITIK IM
BEREICH SOZIALSTRAFRECHT**

<p>Sekretariat des Kollegiums der Generalprokuratoren – Rue Ernest Allard 42 – 1000 Brüssel Tel: 02/500 86 01 – Fax: 02/500 86 13 E-Mail: secr.colpg@just.fgov.be</p>
--

I. KONTEXT UND GEGENSTAND DES RUNDSCHREIBENS

1.1.

Das Ziel dieses Rundschreibens besteht darin, ein Instrument zu entwickeln, anhand dessen eine einheitliche Fahndungs- und Verfolgungspolitik für Verstöße gegen alle Sozialstrafrechtsbestimmungen gewährleistet werden kann, dies im Rahmen der derzeit bestehenden Gesetzestexte und Rundschreiben.

Dieses Rundschreiben ist das Nachfolgerundschreiben des gemeinsamen Rundschreibens des Ministers der Justiz und des Kollegiums der Generalprokuratoren über die Kriminalpolitik der Auditorate (COL 3/2007).

Durch das per Gesetz vom 6. Juni 2010 eingeführte Sozialstrafgesetzbuch, das am 1. Juli 2010 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wurde und am 1. Juli 2011 in Kraft getreten ist, haben sich die Rechtsvorschriften auf dem Gebiet Sozialstrafrecht grundlegend geändert. Dieses Rundschreiben trägt diesen weitreichenden Änderungen Rechnung.

1.2.

Das vorliegende Rundschreiben gibt auch die Richtlinien aus, die für den erweiterten Vergleich in Strafsachen gelten, dies infolge der Abänderung von Artikel 216*bis* des Strafprozessgesetzbuches.

2. GRUNDSÄTZE DER KRIMINALPOLITIK

2.1.

Die Kriminalpolitik in Sachen Sozialstrafrecht stützt sich auf zwei Leitlinien.

An erster Stelle muss die Staatsanwaltschaft ihre Energie auf die Bekämpfung jenes Sozialbetrugs konzentrieren, dessen Umfang das belgische Sozialsicherheits-System in Mitleidenschaft zieht.

Es geht also darum, vorrangig Verstöße auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität im Sozialbereich, sei es Zulagenbetrug oder Sozialabgabenbetrug, zu ermitteln und zu verfolgen.

Das vorliegende Rundschreiben ist somit Teil des Kampfes gegen schweren organisierten Sozialbetrug, an dem das Kollegium der Generalprokuratoren sich beteiligt und der im Föderalen Plan auf verschiedenen Ebenen seinen Niederschlag findet.

Folglich steht es in Zusammenhang einerseits mit dem Rundschreiben COL 6/2011 über die Arbeitsweise der gemischten Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Bekämpfung von schwerem organisiertem Sozialbetrug – wobei dieses Rundschreiben für bestimmte Aspekte dessen Fortsetzung ist - , und andererseits mit

den Tätigkeiten des Magistrats, der das Kollegium der Generalprokuratoren innerhalb des SIRS (Dienst für Sozialinformation und -ermittlung) vertritt, und dem an den Treffen teilnehmenden Magistrat des Kollegiums zur Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug, das per Königlichen Erlass vom 29. April 2008 eingerichtet wurde.

An zweiter Stelle ist der Spezifität der Strafverfolgung von Verstößen gegen das Sozialstrafrecht Rechnung zu tragen.

Im Sozialstrafgesetzbuch ist vorgesehen, dass der Arbeitsauditor Verstöße, die mit einer Sanktion der im Sozialstrafgesetzbuch definierten Stufe 2, 3 oder 4 geahndet werden, strafrechtlich vor dem Korrekionalgericht verfolgen, einen Vergleich oder eine Strafvermittlung vorschlagen kann, oder auch die in Artikel 138*bis*, §2, Abs. 1 des Gerichtsgesetzbuches (Art. 68 des Sozialstrafgesetzbuches) erwähnte Klage erheben kann, oder auf diese Verfolgungsmodalitäten verzichten kann; er unterrichtet die zuständige Verwaltung über seine Entscheidung (Art. 72, Abs. 1 des Sozialstrafgesetzbuches).

Verzichtet der Arbeitsauditor darauf, die Strafverfolgung einzuleiten oder hat er binnen einer Frist von sechs Monaten ab dem Tag des Erhalts des Protokolls zur Feststellung des Verstoßes keine Entscheidung getroffen, entscheidet die zuständige Verwaltung, ob das administrative Bußgeldverfahren einzuleiten ist (Art. 72, Abs. 2 des Sozialstrafgesetzbuches).

So kann der Arbeitsauditor dessen sicher sein, dass wenn er aus Gründen der Zweckmäßigkeit auf die hier oben genannten Verfolgungsmodalitäten verzichtet, der Verstoß dennoch mit einer administrativen Geldbuße geahndet wird.

2.2.

Aus diesen Grundprinzipien geht hervor, dass es dem Arbeitsauditor obliegt, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Ermittlung, Untersuchung und Verfolgung von Verstößen vor allem für jene Sozialbetrugsakten auszuschöpfen, bei denen das gerichtliche Verfahren einen Mehrwert bietet.

Dieser Mehrwert resultiert aus der Schwere der Verstöße, der Bedeutung für die Störung der öffentlichen Ordnung und daraus, wie sehr der Betrug die Eigenschaft des „organisierten“ Betrugs aufweist.

Da es in solchen Akten häufig um Taten geht, die gleichzeitig gegen die Wirtschaftsvorschriften und gegen die Steuergesetze verstoßen, werden zwischen den Arbeitsauditoren und den entsprechenden Abteilungen der Staatsanwaltschaften über ihren Prokurator Synergien hergestellt, jedoch unbeschadet der Anwendung von Artikel 155 des Gerichtsgesetzbuches.

2.3.

In Zusammenhang mit den vorerwähnten Leitlinien ist es unabdingbar, dass gegen Handlungen, die das Leben und die Gesundheit der Arbeitnehmer gefährden oder diese ausbeuten, mit der größtmöglichen Entschiedenheit rechtlich vorgegangen wird.

2.4.

Für die Belange des vorliegenden Rundschreibens werden die in den Zuständigkeitsbereich des Arbeitsauditors fallenden Verstöße auf der Grundlage von drei Stufen an Schwere eingestuft und so der Vorrang bestimmt, und zwar vom schwersten Verstoß hin zum am wenigsten schweren:

- Verstöße im Bereich schwerer organisierter Sozialbetrug, sozialrechtliche Verstöße, die Elemente von wirtschaftlicher Ausbeutung enthalten, die darauf schließen lassen, dass Menschenhandel vorliegt, Verstöße, die das Wohl der Arbeitnehmer betreffen und deren Gesundheit ernsthaft gefährden, das Behindern der Aufsicht in bestimmten Situationen;
- Verstöße im Bereich Betrug bei den Beitragszahlungen und bei Sozialleistungen (siehe Punkt 3.2.);
- die anderen in den Zuständigkeitsbereich des Arbeitsauditors fallenden Verstöße.

2.5.

Im Rahmen seiner Befugnis zum Ermitteln von Verstößen setzt der Arbeitsauditor die folgenden Elemente optimal ein:

- die Instrumente, die ihm zur Verfügung stehen, um sich ein Bild des Betrugsphänomens in seinem Gerichtsbezirk zu verschaffen;
- die Befugnisse, die ihm im Sozialstrafgesetzbuch verliehen werden.

Er fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen Inspektionsdienste untereinander und zwischen Inspektions- und Polizeidiensten.

Er fördert den Informationsfluss zwischen allen beteiligten Akteuren (Sozialinspektion und Polizeidienste).

2.6.

Im Rahmen seiner Anträge berücksichtigt der Arbeitsauditor soweit wie möglich die in den Artikeln 106 und 107 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten strafrechtlichen Instrumente (Betriebsverbot, Unternehmensschließung, Berufsverbot).

3. KONKRETES VORGEHEN

Die Verfolgung der Verstöße

3.1.

In der Reihenfolge der Prioritäten heißt es an erster Stelle in folgenden Bereichen zu ermitteln und zu verfolgen:

- schwerer und organisierter Sozialbetrug

Der Kohärenz wegen gilt es, die Definition von „schwerem und organisiertem“ Sozialbetrug aus COL 6/2011 zu berücksichtigen, d.h.

„... jedwede Form vorsätzlichen Handelns, mit dem entweder geschuldete Beiträge nicht entrichtet werden (Beitragsbetrug), oder unberechtigt Sozialleistungen (Sozialleistungsbetrug) einkassiert werden, und zwar infolge des Vorgehens einer aus zwei oder mehr Personen bestehenden strukturierten Organisation, die in gemeinsamer Absprache Zuwiderhandlungen oder Vergehen begehen (werden), um sich direkt oder indirekt Vermögensvorteile zu verschaffen und:

- wobei sich Handels- oder anderer Strukturen bedient wird, um Straftaten zu begehen, verbergen oder zu vereinfachen, oder
- wobei Drohungen, Gewalt oder Bestechung angewandt wird, oder
- wobei Gegenstrategien zum Einsatz kommen, die die körperliche Unversehrtheit der Personalmitglieder der Arbeitsinspektionsdienste gefährden oder
- wobei Personen, die sich in einer prekären Lage befinden, ausgebeutet werden.“

Akten, die in den Bereich schwerer und organisierter Sozialbetrug fallen, sind vom Arbeitsauditor vorrangig zu bearbeiten, ungeachtet dessen, ob die Taten von der gemischten Arbeitsgruppe aufgespürt wurden und gemäß den in COL 6/2011 erwähnten Modalitäten gemeldet wurden.

- wirtschaftliche Ausbeutung von Arbeitnehmern

Der Arbeitsauditor ist zuständig bei Menschenhandel, wenn er einen Zustand von wirtschaftlicher Ausbeutung im Sinne von Artikel 433^{quinqies} §1, 3. Strafgesetzbuch, in Zusammenhang mit sozialstrafrechtlichen Verstößen feststellt.

Akten betreffend diese Art von Taten im Bereich Menschenhandel werden vorrangig bearbeitet.

- Nichteinhaltung der Vorschriften des Wohlbefindens der Arbeitnehmer betreffend

Dies betrifft Situationen, in denen die Arbeitnehmer aufgrund der Nichteinhaltung der Sicherheitsbestimmungen oder gesetzlichen Vorschriften ernst zu nehmenden Risiken für ihre Gesundheit ausgesetzt sind oder Opfer eines Arbeitsunfalls mit Todesfolge

oder ernsten körperlichen Verletzungen werden können (Art. 129 und folgende des Sozialgesetzbuches).

- Behinderung der Aufsicht

Hier geht es um das Verhindern der Aufsicht eines Arbeitsinspektors durch die Äußerung von Drohungen oder den Einsatz von Gewalt.

3.2.

An zweiter Stelle der Prioritäten rangieren das Ermitteln und das Verfolgen der folgenden Tatbestände:

- die Beschäftigung von mindestens drei Arbeitnehmern, die Bürger oder Nicht-Bürger des Europäischen Wirtschaftsraumes sind, die unter Verstoß gegen das Gesetz vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer weder im Besitz einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung noch einer gültigen Arbeitserlaubnis sind (Art. 175, §§1 und 3 des Sozialstrafgesetzbuches);

- die Beschäftigung von mindestens fünf Arbeitnehmern, die nicht in den Sozialdokumenten eingetragen sind (das heißt keine DIMONA-Meldung vorhanden), unter Verstoß gegen den Königlichen Erlass vom 5. November 2002 zur Einführung einer sofortigen Meldung der Beschäftigung, in Anwendung von Artikel 38 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen (Art. 181 des Sozialstrafgesetzbuches);

- das Nichtvorhandensein einer vorherigen Meldung für entsandte Arbeitnehmer; hier gilt es, den Arbeitgeber, seinen Angestellten oder seinen Bevollmächtigten zu verfolgen, die - unter Verstoß gegen Kapitel VIII von Titel IV des Programmgesetzes (I) vom 27. Dezember 2006 und seine Ausführungserlasse – vor der Beschäftigung eines auf belgischem Staatsgebiet entsandten Arbeitnehmers keine Meldung beim Landesamt für Soziale Sicherheit vorgenommen haben (Art. 182, §1 des Sozialstrafgesetzbuches). Der Benutzer wird verfolgt, in den Fällen, wo er für die Versäumnisse des ausländischen Arbeitgebers aufkommen kann. Hier ist es wichtig, darauf zu achten, dass bestimmte ausländische Arbeitnehmer, die erklären als Selbständige zu arbeiten, trotz allem als Arbeitnehmer erkannt werden.

- die Fälschung und die Verwendung von gefälschten Schriftstücken im Bereich Sozialstrafrecht (Artikel 232 des Sozialstrafgesetzbuches);

- Betrug im Bereich Sozialstrafrecht (Art. 235 Sozialstrafgesetzbuch);

- im Falle einer Nicht-Regularisierung:

- die Nichtzahlung der Entlohnung während mehr als 3 Monaten sowie die Nichtzahlung des Mindestlohns,

- vorsätzlicher Betrug im Bereich soziale Sicherheit, wie etwa entschädigte Arbeitslose, die einer nicht angegebenen Erwerbstätigkeit nachgehen, wenn der unrechtmäßig erhaltene Betrag mindestens 20.000 € beträgt. Gegebenenfalls werden die Arbeitgeber ebenfalls verfolgt.
- vorsätzlicher Betrug im Bereich Sozialhilfe, wie Sozialhilfeberechtigte, die einer nicht gemeldeten Erwerbstätigkeit nachgehen, wenn der unrechtmäßig erhaltene Betrag mindestens 20.000 € beträgt. Gegebenenfalls werden die Arbeitgeber ebenfalls verfolgt.

3.3.

An dritter Stelle: Die anderen in die Zuständigkeit des Arbeitsauditors fallenden Verstöße werden nur verfolgt in dem Fall, wo zum einen die hier oben genannten Prioritäten eingehalten wurden und zum anderen der Arbeitsauditor der Ansicht ist, dass dem rechtlichen Weg Vorrang gegenüber dem verwaltungsrechtlichen Verfahren einzuräumen ist.

3.4.

Wenn der Arbeitsauditor sich dafür entscheidet, einen Verstoß nicht zu verfolgen, so gibt er in seiner in Artikel 72 Abs. 1 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Mitteilung an, ob diese Entscheidung damit begründet wird, dass kein Verstoß vorliegt oder ob dies aus Gründen der Zweckmäßigkeit geschieht.

3.5.

Im Falle von zusammenkommenden Verstößen oder bei Konnexität von Verstößen gegen das Sozialstrafgesetzbuch und Verstößen gegen andere strafrechtliche Bestimmungen ist nur der Generalprokurator dazu befugt, den Magistrat zu bezeichnen, der in Anwendung von Artikel 155, Abs. 2 des Gerichtsgesetzbuches die Strafverfolgung ausübt. Diese Entscheidung gehört zum Tätigkeitsfeld des Magistrats der Staatsanwaltschaft selbst, ohne dass es der Vorlage eines Schriftstücks bedarf (Kass. 8. Oktober 1996, Bull. S. 885 – Kass., 26. Mai 1999, Bull., Kass. 1999, S. 730).

In der Praxis allerdings müssen die Magistrate der Staatsanwaltschaft sich untereinander absprechen. Der Generalprokurator wird nur tätig, wenn sie zu keiner Einigung kommen und nimmt dann eine Bezeichnung vor.

Zur Bestimmung dessen, ob es der Arbeitsauditor oder der Prokurator des Königs ist, der die Strafverfolgung aufnimmt, können Kriterien vorgeschlagen werden, ohne dass es erforderlich wäre, diese mit einer Rangordnung zu versehen. Als Beispiele können angeführt werden: Amtsbereichs-Rundschreiben, Bedeutung des sozialrechtlichen Verstoßes im Verhältnis zu den anderen Verstößen, Verfügbarkeit,

3.6.

Vorausgesetzt die vorher genannte Prioritäten-Rangordnung wird eingehalten, kann der Arbeitsauditor den Bereich der Ermittlungen und der Verfolgung erweitern.

4. VERGLEICH

4.1. Kontext

Die Gesetze vom 14. April 2011 und vom 11. Juli 2011 haben grundlegende Änderungen in Artikel 216*bis* des Strafprozessgesetzbuches angebracht. Dieser umfasst die Bestimmungen in Bezug auf das Erlöschen der Strafverfolgung für bestimmte Zuwiderhandlungen mittels Verwirklichung bestimmter Bedingungen.

Das gemeinsame Rundschreiben des Ministers der Justiz und des Kollegiums der Generalprokuratoren COL 6/2012 liefert die Richtlinien für die Anwendung des neuen Artikels 216*bis*.

Die nachfolgenden Richtlinien betreffen spezifischer die Anwendung dieser Bestimmung durch die Staatsanwaltschaft für die Ausübung der Strafverfolgung bei Sozialstrafrechtsverstößen.

Folglich wird für alles, was im Nachfolgenden nicht geregelt wird, auf das Rundschreiben 6/2012 verwiesen.

4.2. Grundsätze

Die Vergleichs-Regelung im Sozialstrafrecht unterscheidet sich für bestimmte sehr spezifische Verstöße von der allgemeinen Regelung für Vergleiche.

In der allgemeinen Regelung kann der Vergleich erfolgen, wenn die Verantwortung übernommen und der nicht beanstandete Teil des Schadens bezahlt wird (Art. 216*bis*, §4 StPGB).

Für die Anwendung des Vergleichs auf dem Gebiet Sozialstrafrecht wurde eine besondere Regelung für jene Verstöße geschaffen, mit denen Sozialbeiträge hinterzogen wurden: der Vergleich ist nur nach Zahlung der hinterzogenen Sozialbeiträge möglich und nur wenn die Steuer- oder Sozialbehörde damit einverstanden ist (Art. 216*bis*, §6, Abs. 2, StPGB).

Da es noch andere sozialrechtliche Verstöße als die Umgehung von Sozialbeiträgen gibt, ist zu unterscheiden zwischen den Verstößen, für die die allgemeine Regelung gilt – und die sich nicht auf das Nichtentrichten der Sozialbeiträge beziehen, (zum Beispiel Nichtzahlung der Entlohnung) – und Verstöße, für die die spezifische Regelung gilt.

4.3. Anwendung

Die Anwendung des Vergleichs setzt voraus, dass die gesetzlichen Kriterien erfüllt sind, von denen einige spezifisch für jene sozialrechtlichen Verstöße gelten, mit denen Sozialbeiträge hinterzogen wurden, während wiederum andere keine spezifische Geltung haben.

Bei den Kriterien handelt es sich um die folgenden:

- die Taten:

Es handelt sich um Taten, die nicht mit einer Hauptkorrektionalstrafe von mehr als zwei Jahren oder einer schwereren Strafe (einschließlich Einziehung) geahndet werden; Es handelt sich um die Strafe, die der Richter verhängen könnte und nicht um die im Sozialstrafgesetzbuch (oder angesichts der zeitlichen Geltung, in einer früheren Rechtsvorschrift) vorgesehenen Strafe, und zwar unter Berücksichtigung mildernder Umstände oder der Überschreitung der angemessenen Frist.

- der Täter

Juristische Personen sind nur betroffen für Taten, die nach dem 2. Juli 1999 begangen wurden (Datum des Inkrafttretens des Gesetzes über die Haftung von juristischen Personen);

- keine schwere Verletzung der körperlichen Unversehrtheit

Das Antasten der psychischen oder moralischen Unversehrtheit (beispielsweise Belästigungen) wird nicht berücksichtigt; bei Verletzung der psychischen Unversehrtheit ohne Verletzung der körperlichen Unversehrtheit könnte also ein Vergleich vorgeschlagen werden (Art. 216bis §1 Abs. 1);

- Bereitschaft den verursachten Schaden zu ersetzen:

Diese Bedingung muss im Laufe des Verfahrens geprüft werden (Art. 216bis, §2, Abs. 1).

Aus den vorbereitenden parlamentarischen Arbeiten geht hervor, dass für die Verstöße gegen die Sozialgesetze, mit denen Sozialbeiträge hinterzogen wurden, es um den Schaden geht, der der Verwaltung entstanden ist, von der in Artikel 216bis, §6, Abs.2 des Strafprozessgesetzbuches die Rede ist (Siehe Gutachten des Staatsrates, Parlamentsdok. Kammer, Sitzungsperiode 2010-2011, Dok. 53, 1344/005, S. 4-5; Abänderungsantrag Nr. 7, Parlamentsdok. Kammer, Sitzungsperiode 2010-2011, Dok. 53, 1344/006, S. 3-4; Zusatzbericht, Parlamentsdok. Kammer, Sitzungsperiode 2010-2011, Dok. 53, 1344/007, S. 7).

Diese Bedingung ist für diese Verstöße folglich gegenstandslos, da es nur zu einem Vergleich kommen kann, wenn die Gesamtheit der hinterzogenen Beiträge bezahlt wurde und die Verwaltung ihr Einverständnis erteilt hat.

- Ersatz von Schaden, der etwaigen Dritten entstanden ist

Artikel 216bis, §4 des Strafprozessgesetzbuches gemäß muss dieser Schaden vollständig ersetzt sein, ehe ein Vergleich vorgeschlagen werden kann.

Wie bereits weiter oben erwähnt, betrifft diese Bestimmung nicht die Verstöße gegen Sozialgesetze, mit denen Sozialbeiträge hinterzogen wurden. Sie bezieht sich auf die anderen sozialrechtlichen Verstöße.

- Zahlung der hinterzogenen Sozialbeiträge

Für sozialrechtliche Verstöße, mit denen Sozialbeiträge hinterzogen wurden, ist ein Vergleich nur möglich, nachdem der Zuwiderhandelnde diese geschuldeten Beiträge mitsamt der Zinsen bezahlt hat (Art. 216bis, §6, Abs. 2 des Strafprozessgesetzbuches).

Im Gesetzestext ist vorgesehen, dass die Verzugszinsen bezahlt sein müssen, allerdings ist nichts hinsichtlich der Zahlung der Zuschläge vorgesehen.

- Einverständnis der betroffenen Sozialverwaltung

Die betroffene Sozialverwaltung ist jene, an die der Zuwiderhandelnde die hinterzogenen Beiträge zahlen muss, entweder das LASS oder das LISVS. Es geht also nicht um die Verwaltungen, die geschädigt wurden, dadurch dass sie dem Zuwiderhandelnden unrechtmäßig Leistungen ausgezahlt haben.

Sobald der Magistrat ein Verfahren im Hinblick auf einen Vergleich einleitet, ist er dazu aufgefordert, Kontakt mit den Diensten des LASS aufzunehmen, wenn ersichtlich wird, dass Verstöße begangen wurden, die die Hinterziehung von Sozialbeiträgen ermöglicht haben.

Für die Anlaufstelle beim LASS: siehe Anlage.

4.4. Zusammentreffen (von Verstößen)

Beim Zusammentreffen von Verstößen ist der Arbeitsauditor nicht dazu verpflichtet für jeden einzelnen Verstoß die gleichen Verfolgungsmodalitäten einzuhalten.

So kann es für die Nichtzahlung der Sozialbeiträge zu einem Vergleich kommen, und für die Nichtzahlung der Löhne kann eine Verfolgung vor dem Strafgericht angestrengt werden, oder auch umgekehrt.

Möchte der Arbeitsauditor in einer Situation von zusammentreffenden Verstößen, darunter ein Verstoß betreffend die Nichtzahlung der Sozialabgaben, einen Vergleich für einen Verstoß, einen Teil davon und nicht für einen anderen Verstoß vorschlagen, so achtet er entsprechend Artikel 65 Abs. 1 Strafgesetzbuch darauf, dass die verschiedenen Verfolgungsmodalitäten kohärent sind.

Wenn der Arbeitsauditor in einer Situation von zusammentreffenden Verstößen, darunter ein Verstoß betreffend die Nichtzahlung der Sozialbeiträge, einen Vergleich für die Gesamtheit der Taten, mit denen er befasst wurde, vorschlagen möchte, so gilt es die Anwendung einerseits der §§2 und 4 und andererseits des §6, Abs. 2 von Artikel 216*bis* des Strafprozessgesetzbuches zu kombinieren.

4.5. Höhe des Vergleichs

Artikel 216*bis*, §1, Abs. 4 des Strafprozessgesetzbuches bestimmt, dass der Betrag des vorgeschlagenen Vergleichs die gesetzlich vorgesehene Höchstgeldbuße, erhöht um die Zuschlagszehntel, nicht übersteigen darf und im Verhältnis zur Schwere des Verstoßes stehen muss.

Für Verstöße aus dem Sozialstrafgesetzbuch darf dieser Betrag 40 % der verwaltungsrechtlichen Mindestgeldbuße nicht unterschreiten, gegebenenfalls multipliziert mit der Anzahl Arbeitnehmer, Arbeitnehmer-Kandidaten, Selbständige, Praktikanten, selbständige Praktikanten oder Kinder.

Die nachstehende Tabelle umfasst die Mindest- und Höchstbeträge der administrativen Geldbuße für die gängigsten Verstöße. In der dritten Spalte wird angegeben, ob der Betrag der Geldbuße mit der Anzahl Arbeitnehmer, auf die der Verstoß zutrifft, zu multiplizieren ist.

Betrag der administrativen Geldbuße je nach Verstoß

Verstoß	Betrag der Geldbuße in Euro	Zu multiplizieren
Beschäftigung eines Ausländers, der sich illegal aufhält, ohne Arbeitsgenehmigung	300 bis 3000	Ja
Keine DIMONA Erklärung für einen Arbeitnehmer	300 bis 3000	Ja
Behinderung der Aufsicht	300 bis 3000	Ja
Verstöße hinsichtlich Teilzeitarbeit	50 bis 500 300 bis 3000 (nach Verwarnungsprotokoll)	Ja
Kein Studentenvertrag	25 bis 250	Ja
Beschäftigung eines Ausländers, der sich legal aufhält, ohne Arbeitsgenehmigung	50 bis 500	Ja
Wohlergehen am Arbeitsplatz	50 bis 500 300 bis 3000 (wenn Gesundheitsschädigung oder Arbeitsunfall)	Nein

Berücksichtigt werden kann auch die etwaige dem Verdächtigen mitgeteilte Entscheidung auf Rückforderung der zu unrecht erhaltenen Beträge und die er bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt hätte.

5. STATISTIKEN

Zur Information: Bis ein leistungsfähiges Informatik-Instrument für die Gesamtheit der Auditorate eingerichtet worden ist, wird auf das sogenannte LAURENCE-Erfassungssystem zurückgegriffen, das im Rundschreiben COL 3/2007 vorgesehen ist.

Dieses Erfassungssystem wurde eingerichtet, damit die strafrechtlichen Verfolgungsprioritäten für jeden Gerichtsbezirk obligatorisch in der ersten Datenspalte erfasst werden.

Die Zielsetzung des LAURENCE-Systems bestand und besteht einzig und allein darin, den Statistikanalitikern beim Kollegium der Generalprokuratoren Rohdaten zu liefern.

Aus Datenschutzgründen gegenüber den natürlichen Personen, die nicht in der Zentralen Datenbank der Unternehmen geführt werden, dürfen deren Namen auf keinen Fall ins System eingegeben werden, selbst wenn diese natürlichen Personen als strafrechtlich haftbar eingetragen sind.

Bei der Datenverarbeitung und -auswertung müssen die Statistikanalysiker die Anonymität der anderen natürlichen oder juristischen Personen, die von den Auditoraten erfasst werden, wahren.

Des Weiteren gilt es zu unterstreichen, dass die Tätigkeit der Arbeitsauditorate sich nicht auf die durch das vorliegende Rundschreiben definierten Prioritäten beschränkt. Die Auditorate, die das LAURENCE-System jedoch für die Erfassung anderer Daten verwenden wollen, müssen die zweite Spalte benutzen, die sich auf die anderen Verstöße als die im vorliegenden Rundschreiben genannten bezieht.

In der ersten Spalte beschränkt sich das LAURENCE-System auf die Erfassung der im vorliegenden Rundschreiben vorgesehenen Verstöße.

6. BEWERTUNG

Das vorliegende Rundschreiben wird zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten durch das Kollegium der Generalprokuratoren und jedes Mal, wenn das Kollegium dies für sinnvoll erachtet, evaluiert werden.

7. INKRAFTTRETEN

Das vorliegende Rundschreiben tritt am Tag seiner Verbreitung in Kraft.

Brüssel, den 22. Oktober 2012

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Antwerpen, Vorsitzender des
Kollegiums der Generalprokuratoren

Yves LIEGEOIS

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Mons

Claude MICHAUX

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Gent

Anita HARREWYN

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Lüttich

Christian De VALKENEER

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Brüssel

Lucien NOUWYNCK